

Grenzkontrollen in Gefahr: Polizisten klagen über Überlastung!

Verstärkte Grenzkontrollen seit dem 5. Mai 2025: Innenminister Dobrindt ordnete Maßnahmen an, die auf Überlastung der Polizei stoßen.



deutsch-polnischen Grenze, Deutschland - In den vergangenen zwei Wochen hat Deutschland verstärkte Einreisekontrollen an verschiedenen Grenzübergängen eingeführt, nachdem Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) am Beginn seiner Amtszeit entsprechende Anordnungen getroffen hat. [compact-online] berichtet, dass diese Kontrollen kaum mehr als symbolische Wirkung haben, da die Kontrollstellen oft leicht umfahren werden können. Dennoch befinden sich etwa 1000 Polizisten, überwiegend von der Bundespolizei, an den Außengrenzen im Einsatz, um die neuen Maßnahmen durchzusetzen.

Die Polizeigewerkschaft GdP beklagt die Überlastung der Polizisten, die aufgrund der neuen Dienstpläne und ausfallender Fortbildungen stark beansprucht werden. Andreas Roákopf, der

Vorsitzende der Bundespolizei in der GdP, hat auf die zusätzlichen Herausforderungen hingewiesen, die durch die systematischen Rþckweisungen von Asylsuchenden an den Grenzen entstehen. Diese Rþckweisungen betreffen hauptsæchlich Auslænder ohne Visum sowie Personen mit Wiedereinreisesperre. Ausnahmen gelten lediglich fþr alleinreisende Minderjæhrige, Mþtter mit Kleinkindern, Hochschwangere und schwer Erkrankte.

Rþckkehr von Kontrollen und Herausforderungen

Die Rþckkehr zu Grenzkontrollen, insbesondere an der deutsch-polnischen Grenze, sei ein Schritt zurþck zu den Regeln, die 2008 abgebaut wurden. An insgesamt 50 Kontrollstellen finden stichprobenartige Kontrollen statt, die mit blauen und weiáen Pavillons, Zelten und Containern ausgestattet sind. Die Bundespolizei hat klare Vorgaben erhalten, die allerdings in juristischen Kontroversen þber die Anwendung von nationalem und europæischem Recht stehen. Kritiker bemængeln, dass die Nachbarlænder als sichere Drittstaaten gelten, was rechtlich umstritten ist.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus der Tatsache, dass die Bundespolizei die 4.000 Kilometer lange Grenze nicht lþckenlos þberwachen kann. Letzte Maánahmen zur Ausweitung der Grenzkontrollen fþhrten zu Millionen þberstunden fþr die bereits belasteten Beamten, was zu Diskussionen þber verlængerte Dienstzeiten und den Einsatz von Alarmhundertschaften gefþhrt hat. Auáerdem fordert die GdP rechtliche Freistellungen fþr die Beamten, um deren Arbeitsbelastung zu mindern [spiegel.de].

Zukþnftige Perspektiven

Die Møglichkeit zur Aufstockung der Kræfte besteht durch die Unterstþtzung der Landespolizei, die freie Kapazitæten hat. Ein Beispiel fþr hinreichende Einsatzkræfte zeigte die Groárazzia

gegen das Königreich Deutschland (KRD) , bei der 800 Einsatzkräfte mobilisiert wurden [compact-online]. Dennoch sieht die GdP die verschärften Kontrollen nicht als langfristig tragbar an und warnt vor einer erneuten Überlastung der Polizei. Die Diskussion über die Grenzkontrollen wird daher auch weiterhin kontrovers bleiben.

Flüchtlingsorganisationen betonen, dass Migration an sich nicht gegen Gesetze verstößt, was im Zusammenhang mit den geltenden Regelungen eine nicht zu vernachlässigende Perspektive darstellt [tagesschau.de]. Der Druck auf die Bundespolizei und die Sicherheitspolitik wird bestehen bleiben, solange die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht klarer definiert sind.

Details	
Vorfall	Migration
Ort	deutsch-polnischen Grenze, Deutschland
Quellen	• www.compact-online.de • www.spiegel.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de